

1. Nur ein Politikwechsel kann mehr soziale Gerechtigkeit bewirken. Wir kämpfen für eine gerechte Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft, für mehr Lebensqualität und bessere Chancen auch für die Benachteiligten und die weniger Begüterten. Hartz IV mit seinen Regelsätzen, die zur Existenzsicherung nicht ausreichen, muss weg! Alter und Arbeitslosigkeit dürfen nicht zu Armut und somit zu gesellschaftlicher Ausgrenzung führen. Wir werden im Saarland flächendeckend einen Sozialpass einführen, der es den Menschen mit niedrigem Einkommen ermöglicht, Freizeit-, Unterhaltungs- oder Kultureinrichtungen zu besuchen sowie den öffentlichen Personennahverkehr kostenlos oder preisermäßig zu benutzen.

2. Auch Krankheit darf nicht zur Ausgrenzung führen. Deshalb setzen wir uns für die Bürgerversicherung ein. Bei der Neuordnung der saarländischen Krankheitslandschaft orientieren wir uns sowohl an einer wohnortnahen Versorgung der Patienten wie auch an den Interessen der Beschäftigten. Der Stellenabbau in den Krankenhäusern hat inzwischen eine Grenze erreicht, jenseits derer die Belastung für Patienten und Pflegepersonal nicht mehr zumutbar ist. In diese Richtung darf es nicht weitergehen. Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern, insbesondere von Universitätskliniken, kommt für uns nicht in Frage.

3. Wir sind gegen die „Rente mit 67“, aber wir wollen die ältere Generation stärker am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen. Durch die flächendeckende Einrichtung von Stützpunkten wollen wir eine menschenwürdige Pflege im ganzen Land sicherstellen. Auch Menschen mit einer Behinderung sollen voll und ganz in die Gesellschaft integriert werden. Sie dürfen nicht der Chance beraubt werden, barrierefrei mit Nichtbehinderten zusammen aufzuwachsen, zu lernen, zu arbeiten und ihre Freizeit zu verbringen.

4. Vor allem die Kinderarmut werden wir gezielt auf der Grundlage eines jährlichen Armuts- und Reichtumsberichts bekämpfen. Von der Kinderkrippe über den Kindergarten wollen wir das Recht auf ganztägige Betreuung sicherstellen durch ein kostenloses, differenziertes und flexibles Angebot von Tagesstätten und anderen vorschulischen Einrichtungen. Schulbücher und weitere Lernmittel sollen nichts kosten, ebenso soll ein gesundes Mittagessen an den Schulen kostenfrei angeboten werden. Mit einem Landeserziehungsgeld von 300,- uro, das an ein Beratungsangebot auf freiwilliger Basis gebunden ist, wollen wir die Fürsorge- und Erziehungskompetenz der Familien steigern.

5. Wir wollen die bessere Schule für Alle und werden das erforderliche Geld im Landeshaushalt bereitstellen. Das achtjährige Gymnasium G 8 überfordert viele Kinder und macht sie krank. Wir wollen uns nicht länger mit der Tatsache abfinden, dass in unseren Schulen eine soziale Auslese nach dem Einkommen der Eltern stattfindet. Um allen Schülerinnen und Schülern, gleich welcher Herkunft, eine faire Erfolgchance auf möglichst hohem Niveau zu geben, muss eine systematische, individuelle Förderung den Unterricht begleiten.

6. Die Gemeinschaftsschule wird diesen Kriterien am ehesten gerecht. Als erster Schritt zur Gemeinschaftsschule wird eine sechsjährige Primarstufe für alle eingeführt. An die Stelle getrennter Schulformen und Schulen tritt danach eine geeignete Binnendifferenzierung. Leistungsdefizite werden früh ermittelt, die Förderung wird auf die jeweiligen Schwächen zugeschnitten. Schülerinnen und Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, sollen weitgehend in die Regelschule integriert werden. Die Gemeinschaftsschule ist eine echte Ganztagschule.

7. Die Studiengebühren werden wir wieder abschaffen. Wir wollen die Hochschulen stärker miteinander verzahnen. Die Autonomie von Forschung und Lehre muss gewahrt bleiben, die Unabhängigkeit der Hochschulforschung von wirtschaftlichen und anderen Partikularinteressen darf nicht gefährdet werden. Eine Privatisierung von Hochschulforschungsbereichen kommt für uns nicht in Frage. Wie in den achtziger und neunziger Jahren wollen wir mit unserer Forschungspolitik wieder Innovationsimpulse auslösen. Dabei werden wir die klassischen geisteswissenschaftlichen Fächer keinesfalls vernachlässigen.

8. Kultur ist Voraussetzung für die selbstbestimmte Entfaltung der einzelnen in einer aktiven Bürgergesellschaft. Möglichst alle sollten am kulturellen Leben der Gesellschaft teilhaben können. Der Sozialpass ist hierzu ein Mittel. Viel entscheidender ist allerdings eine kulturelle Bildung, die im frühen Kindesalter anfängt und in der Schule fortgesetzt wird. Kinder und Jugendliche sollen die Vielfalt der Kulturen erfahren und ihre eigene gestalterische Kreativität unabhängig von der sozialen Lage der Eltern entwickeln können. Die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung werden wir ausbauen.

9. Die Landeszuschüsse für das Staatstheater müssen wieder aufgestockt werden. Der Saarländische Rundfunk soll als öffentliche, eigenständige Landesrundfunkanstalt erhalten bleiben und sein kultureller Auftrag gestärkt werden. Insbesondere wollen wir

kulturelle Leistungen fördern, die ursprünglich im Saarland geschaffen wurden oder die aus der Eigenart unserer Region ihre Originalität beziehen.

10. Wir kämpfen für Geschlechtergerechtigkeit. Mit Nachdruck setzen wir uns für die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt ein. Wir wollen das berufliche Spektrum für Frauen erweitern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir durch den Ausbau von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen verbessern. Wir ächten Gewalt gegen Frauen. Dem Bedarf entsprechend, sollen im Saarland Therapien für Gewaltopfer angeboten werden. Frauenprojekte und Frauenhäuser werden wir fördern.

11. Wir wollen die Lage der Einwanderer verbessern: mehr individuelle Förderung in der Schule, ausreichend Ausbildungsplätze, eine bessere berufliche Qualifikation und gleiche Rechte auf dem Arbeitsmarkt. Alle, deren Lebensmittelpunkt in Deutschland ist, sollten hier auch wählen dürfen. Als erstes wollen wir das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen. Asylrecht ist Menschenrecht und Menschen sind nicht illegal. Wir wenden uns gegen eine Abschiebep Praxis, die auf Lagern und Gefängnissen beruht. Das Flüchtlingslager in Lebach - ein Ghetto der Perspektivlosigkeit - wollen wir schließen und die Flüchtlinge künftig auf die saarländischen Kommunen verteilen.

12. Gegen die neoliberale Ausrichtung mit Deregulierung und Privatisierung setzen wir auf eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die die ökologischen und sozialen Belange und damit das Gemeinwohl in den Vordergrund stellt. Insbesondere geht es uns um die Schaffung von Arbeitsplätzen mit ausreichendem Einkommen unter anständigen Bedingungen. Dazu gehört auch die Einführung eines Mindestlohns.

13. Innovative Industriepolitik stellt einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik dar. Sie ist Basis für die regionale Entwicklung und einen gesellschaftlich gesteuerten Strukturwandel. Wir wenden uns gegen den beabsichtigten Kahlschlag im Bergbau. Kohle bleibt ein wichtiger Rohstoff an der Saar, der in einem gesellschaftlich verträglichen Rahmen zu nutzen ist.

14. Wir treten für mehr Demokratie in der Wirtschaft ein. Wir wollen die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften festigen und ausbauen. Wir sehen darin nicht nur einen demokratischen Fortschritt, sondern zugleich auch einen kräftigen Innovationsimpuls für die Produktion und den wirtschaftlichen Erfolg.

15. Eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik fördert die Beschäftigung. Wir wollen uns die Energiepreise nicht von der Profitsucht der Konzerne diktieren lassen und werden im Saarland eine Energiewende herbeiführen. Umweltschädliche Großkraftwerke wollen wir durch dezentrale, kleine Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung in kommunaler Verantwortung ersetzen.

Unsere Vision: In wenigen Jahrzehnten soll jede saarländische Gemeinde über ein eigenes Energieversorgungssystem verfügen und den Eigenbedarf weitgehend aus erneuerbaren Energiequellen decken können.

16. Bei der Nutzung erneuerbarer Energien - ob Sonnenenergie, Erdwärme, Windkraft oder Biogas - soll das Saarland eine Vorreiterrolle spielen. Die große Erfahrung im Stahl- und Maschinenbau sowie im Bergbau, die unser Land besitzt, können für den Bau von Windenergieanlagen und für die Förderung von Erdwärme genutzt werden. Indem auf diese Art und Weise neue Arbeitsplätze durch Klimaschutz entstehen, kann das Saarland seine Tradition als Energieerzeugungsstandort auf die Anforderungen der Zukunft ausrichten.

17. Aus ökologischer und sozialer Verantwortung muss der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden. Dabei soll die Schiene stärker miteinbezogen werden. Die Saarbahn soll bedarfsgerecht ausgebaut, die Universität in das Netz eingebunden und der Betrieb auf dem fertiggestellten Teilstück zwischen Saarbrücken und Walpershofen umgehend aufgenommen werden. Industriegleise sollen für den Güterverkehr erhalten bleiben. Die Privatisierung der Bahn lehnen wir ab.

18. Wir setzen uns für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik ein. Den Verbraucherschutz wollen wir stärken. Analog zum bestehenden Klagerecht der Naturschutzverbände, wollen wir anerkannten Tierschutzverbänden ein tierschutzrechtliches Verbandsklagerecht geben. Wir fordern den Ausstieg aus der kommerziellen Qual-Tierhaltung sowie den weitgehenden Verzicht auf Tierversuche.

19. Wir verteidigen die Bürgerrechte gegen jeden Versuch, sie unter dem Vorwand der Terrorismusabwehr auszuhöhlen und wollen die Privatsphäre vor einem Zugriff des Staates oder gegen Übergriffe der Arbeitgeber schützen. Wir setzen uns für eine neue Datenschutzkultur in Deutschland ein. Der Datenschutz am Arbeitsplatz muss gesetzlich geregelt werden. Heimliche Online-Durchsuchungen durch die Sicherheitsbehörden lehnen wir ab.

20. Wir werden die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erweitern und die Durchführung von Bürgerentscheiden erleichtern. Gegen den neoliberalen Zeitgeist, der auf Privatisierung setzt, werben wir für eine neue demokratische Kultur des „Öffentlichen“. Wir verteidigen die öffentliche Daseinsvorsorge und wollen sie ausbauen. Im Saarland kommen Privatisierungen für uns nicht in Frage. Der Neoliberalismus hat die Idee des Gemeinwohls beschädigt. Unsere Politik hingegen ist allein dem Gemeinwohl verpflichtet.

>>> Weitere Informationen zur Politik der LINKEN unter www.saarland-2009.de oder im Saarbrücker InfoCafé (Dudweiler Straße 51)